

Beschluss der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Bewertung der vorhandenen Biogas- und Pflanzenölanlagen, denen mit der Novellierung des EEG 2009 die Anerkennung als Einzelanlagen aberkannt wurde

Beschluss:

Die SPD-Landtagsfraktion fordert den Bundesumweltminister auf, die im Jahr 2008 bereits bestehenden und sich in Betrieb befindlichen Biogas- und Pflanzenölanlagen nach der Maßgabe des vorherigen EEG wieder als Einzelanlagen einzustufen und den erzeugten Strom entsprechend zu vergüten.

Hintergrund:

Mit der Novellierung des EEG zum 1. Januar 2009 wurde der Anlagenbegriff neu gefasst und präzisiert. Dabei wurde auch den bereits errichteten Anlagen, die aus mehreren Teilen bestehen (modularer Aufbau) die Anerkennung als jeweilige Einzelanlage aberkannt. Dies führt zu einer nicht unerheblichen Verringerung der Einspeisevergütung, da diese nach Anlagengröße degressiv gestaffelt ist.

Die Altanlagen wurden jedoch unter den Prämissen des alten EEG geplant, finanziert und errichtet. Der Finanzrahmen war auf die alten gesetzlichen Rahmenbedingungen zugeschnitten. Deshalb stehen nun viele (bundesweit einige hundert) Biomasseanlagen, bzw. deren Betreiber, vor dem wirtschaftlichen Aus oder zumindest vor schweren finanziellen Problemen. Auch die betroffenen Anleger im Falle von fondsgebundenen Anlagen oder Anteilseigner von Gesellschaften sind durch den Totalverlust ihrer Einlage bedroht.

Da die Anlagen jedoch so wie gebaut auch genehmigt und als Einzelanlagen bisher anerkannt worden waren, wurde ihr Strom auf dieser Basis auch bis einschließlich Dezember 2008 über die Einspeisevergütungen entsprechend abgerechnet. Im Sinne eines Vertrauensschutzes für getätigte Investitionen darf die Änderung des Anlagenbegriffes auf diese (vor Ende 2008 sich in Betrieb befindlichen Anlagen) nicht angewendet werden.

Für die SPD wird es schwierig, weil dieses Thema im Bundestagswahlkampf als Aktivität des SPD - geführten Bundesumweltministeriums gegen die Erzeuger Erneuerbarer Energien in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Es ist deshalb schnell die geforderte Lösung herbeizuführen.

Stuttgart, 21.04.2009

**Landtags-
Fraktion**



**Baden-
Württemberg**

SPD